

Thesenpapier:
**Für eine nachhaltige Agrar- und Ernährungswirtschaft -
Erwartungen an die Agrarpolitik**

1. Wettbewerbsfähigkeit des Sektors als Richtschnur des agrarpolitischen Handelns

Die Unternehmen der Ernährungswirtschaft sind auf ein großes und vielfältiges Angebot von nachhaltig produzierten, wettbewerbsfähigen und sicheren Agrarrohstoffen angewiesen, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können. Eine Agrarpolitik, die innovative und effiziente Landwirtschaft fördert, ist dazu eine wichtige Voraussetzung. Ein starker Agrarsektor sichert vitale ländliche Räume und bleibt attraktiver Arbeitgeber für junge Leute.

2. Potenziale des agrarischen Gunststandorts Europa nutzen

Die natürlichen Ressourcen am Gunststandort Europa müssen genutzt werden. Eine Extensivierung der landwirtschaftlichen Produktion in der EU bietet keine Lösung für globale Herausforderungen wie die Sicherung der Welternährung und ist auch im weltweiten Kontext nicht zwingend nachhaltig. Denn steigende EU-Importe führen zur Rohstoffverknappung in anderen Regionen. Diese Auswirkungen sollten in der agrarpolitischen Entscheidungsfindung der EU Berücksichtigung finden. Die Beteiligung am internationalen Agrarhandel sichert Wertschöpfung und Arbeitsplätze im ländlichen Raum.

3. Zugang zu modernen Produktionsmitteln sichern und Innovationen fördern

Die Ertragspotenziale der Landwirtschaft sollten unter Einsatz von moderner Technik und Technologie, ressourcenschonend und unter Beachtung sozialer Standards realisiert werden. Die Schlüsselrolle kommt dabei neben digitalen sowie konventionellen Innovationen, einem schnellen Wissenstransfer von der Forschung in die landwirtschaftliche Praxis und qualifizierten Mitarbeitern auch modernen Produktionsmitteln zu. Dazu gehört insbesondere der verantwortungsvolle Einsatz chemischer Pflanzenschutzmittel und moderner Züchtungsmethoden. Die Branche muss sich darauf verlassen können, dass die Entscheidungen zur Landwirtschaft auf der Grundlage fundierter wissenschaftlicher Erkenntnisse getroffen werden. Die Wahrnehmung der sich bietenden Chancen durch die Digitalisierung sollte die Politik durch den Ausbau des schnellen Internets im ländlichen Raum und die Forschungs- und Innovationsförderung unterstützen.

4. Langfristige Planungssicherheit gewährleisten

Eine starke Agrarförderung ist für eine flächendeckende und erfolgreiche Landwirtschaft in Europa, u. a. vor dem Hintergrund der im internationalen Vergleich hohen EU-Umwelt- und Sozialstandards, unabdingbar. Die Direktzahlungen spielen hierbei als Grundgerüst für die Einkommensstabilisierung der Landwirte eine bedeutende Rolle. Über ihre Zukunft sollte rechtzeitig entschieden werden, um den Betrieben Planungssicherheit zu gewährleisten. Für Krisenzeiten mit niedrigen Erträgen und/oder solchen Marktpreisen sollten Risikomanagementinstrumente als Ergänzung zu den Direktzahlungen ausgebaut werden.

5. Renationalisierung der Agrarpolitik verhindern

Jegliche Renationalisierung der GAP – beispielsweise in Form der fakultativen gekoppelten Stützung – ist abzulehnen, weil sie Wettbewerbsverzerrungen zwischen den Mitgliedstaaten und Erzeugnissen verursacht und somit der Realisierung fairer Wettbewerbsbedingungen für Landwirte und Ernährungswirtschaft in der EU zuwiderläuft. In Europa gibt es keine nationalen Agrarmärkte. Aus diesem Grund soll auch auf nationale Alleingänge z. B. im Bereich der Gentechnik oder des Pflanzenschutzes verzichtet werden.

6. Größere Betriebe nicht benachteiligen

Eine Kappung und Degression der Direktzahlungen für größere Betriebe ist abzulehnen. Es kommt nicht darauf an, wie groß der Betrieb ist oder wem er gehört, sondern wie gut er geführt und wie nachhaltig – im ökologischen, ökonomischen und sozialen Sinn – er bewirtschaftet wird. Vor diesem Hintergrund ist auch die pauschale Kritik an den großen Betrieben der Agrar- und Ernährungsindustrie nicht nachvollziehbar. Gerade größere Betriebe sind ein wichtiger Arbeitgeber für Familien im ländlichen Raum.

7. Vereinfachung der Agrarpolitik voranbringen

Die GAP sollte mit Blick auf den Aufwand für Landwirte und Verwaltung vereinfacht werden. Die Entbürokratisierung sollte aber nicht mit einer (noch) größeren Flexibilität für die Mitgliedstaaten bei der nationalen Umsetzung der EU-Regelungen gleichgesetzt werden, um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden.

8. Für gesellschaftliche Akzeptanz der modernen Landwirtschaft werben

Im Dialog der Landwirtschaft mit der Gesellschaft ist die Politik als sensibler Moderator gefragt, der eine sachliche und wissensbasierte Diskussion ermöglicht und unter Einbeziehung aller Stakeholder Zukunftslinien entwickelt. Fragen und Sorgen der Gesellschaft in Bezug auf die landwirtschaftliche Produktion sollten gemeinsam mit den Landwirten adressiert werden. Betriebe und Produktionsausrichtungen sollten nicht gegeneinander ausgespielt werden: Ökolandbau und regionale Produkte stellen einen wichtigen Bestandteil des Marktes, aber keinen Premiumstandard für die Landbewirtschaftung dar. Die signifikanten Fortschritte der konventionellen Landwirtschaft in der Verbesserung der Nachhaltigkeitsleistung sollten anerkannt werden. Diese will und wird sich weiterentwickeln, um die Produktion noch besser in Einklang mit Umwelt- und Tierschutz zu bringen. Die Entwicklung und Umsetzung neuer, zukunftsfähiger Lösungen benötigt aber Zeit, da hierfür Investitionen erforderlich sind.

9. Bioenergie weiter ausbauen

Für eine zukunftsfähige Energieversorgung wird die Bioenergie als wichtiger Bestandteil des Energiemixes vor allem im Verkehr benötigt. In der EU ist die Energiegewinnung aus Agrarrohstoffen ökologisch und ökonomisch sinnvoll, denn Flächen und Kohlenhydrate sind ausreichend verfügbar und wertvolle Futtermittel entstehen. Die Nahrungsmittelerzeugung muss aber die vorrangige Aufgabe der Landwirtschaft bleiben.